

Strafrecht Allgemeiner Teil

Ceza Hukuku Genel Hükümler

Murat Volkan Dülger

4. Aufl., Seçkin Verlag, Ankara, Oktober 2026, 1560 Seiten, ISBN 9786253612337

■ Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	7
Vorwort zur 3. Auflage	8
Vorwort zur 2. Auflage	9
Vorwort	10
Abkürzungen	45

ERSTES BUCH

EINFÜHRUNG IN DAS STRAFRECHT

ERSTES KAPITEL

GRUNDBEGRIFFE UND GRUNDPRINZIPIEN DES STRAFRECHTS

§ 1. DIE FUNKTION DES STRAFRECHTS, SEINE STELLUNG IN DER RECHTSORDNUNG UND SEIN VERHÄLTNIS ZU DEN ANDEREN RECHTSGEBIETEN	51
I. STRAFTAT, STRAFE UND STRAFRECHT	51
A. Die Struktur der Strafnorm (Straftatnorm)	51
B. Die Abgrenzung des Strafrechts vom Verfahrensrecht und vom Vollstreckungsrecht	58
C. Die Strafgewalt des Staates	59
D. Begriff, Gegenstand und Sanktionensystem des Strafrechts	60
E. Der Terminus Strafrecht und die Bezeichnung des Fachgebiets	61
II. DIE FUNKTION DES STRAFRECHTS	62
A. Die gesellschaftliche Funktion des Strafrechts	62
1. Die Funktion des Strafrechts als soziales Phänomen	62
2. Das durch das Strafrecht geschützte Rechtsgut als soziale Funktion	64
a. Die Bedeutung des Rechtsguts	64
b. Die Funktionen des Rechtsguts	66
c. Die Unterscheidung zwischen Rechtsgut und (rechtlichem) Tatobjekt	74
d. Der Wandel des geschützten Rechtsguts	77
3. Der Zweck des Strafgesetzes nach dem türkischen Strafgesetzbuch (TCK)	80
4. Der Zweck eines freiheitlichen Strafrechts	81
B. Die Funktion des Strafrechts als Wissenschaftszweig	83
C. Funktion und Zweck der Lehrveranstaltung Strafrecht Allgemeiner Teil	86
III. DIE STELLUNG DES STRAFRECHTS IN DER RECHTSORDNUNG UND SEIN VERHÄLTNIS ZU DEN ANDEREN RECHTSGEBIETEN	87
A. Das Strafrecht als Disziplin des öffentlichen Rechts	87
B. Das Verhältnis des Strafrechts zu den unmittelbar verbundenen Disziplinen	88
1. Verhältnis zum Strafverfahrensrecht	89
2. Verhältnis zum Strafvollstreckungsrecht	92

3.	Verhältnis zum Ordnungswidrigkeitenrecht	94
a.	Die Auffassung von der Entkriminalisierung der Ordnungswidrigkeiten	94
b.	Die Unterscheidung zwischen Straftat und Ordnungswidrigkeit und das Ordnungswidrigkeitenrecht	96
4.	Verhältnis zu Kriminologie, Viktimologie, Kriminalistik und Rechtsmedizin	99
C.	Das Verhältnis des Strafrechts zu den anderen Rechtsgebieten	101
1.	Verhältnis zu Rechtsphilosophie und Rechtssoziologie	101
2.	Verhältnis zum Verfassungsrecht	108
3.	Verhältnis zum Verwaltungsrecht	109
4.	Verhältnis zum Völkerrecht	111
5.	Verhältnis zum bürgerlichen Recht und zum Schuldrecht	114
6.	Verhältnis zum Steuerrecht	115
§ 2.	KRIMINALPOLITIK UND GRUNDPRINZIPIEN DES STRAFRECHTS	116
I.	DIE KRIMINALPOLITIK UND IHR EINFLUSS AUF DAS STRAFRECHT	116
II.	DIE GRUNDPRINZIPIEN DES STRAFRECHTS	119
A.	Das Rechtsstaatsprinzip	120
B.	Das Schuldprinzip	123
1.	Bedeutung, Umfang und Grundlage des Schuldbegriffs im Strafrecht	123
2.	Interdisziplinäre Ansätze zum Schuldprinzip	128
a.	Ansätze der Neurobiologie	128
b.	Philosophische Ansätze	130
C.	Der Grundsatz der Subsidiarität des Strafrechts (letztes Mittel/Ultima Ratio)	131
D.	Der Grundsatz der Humanität (Humanismus)	133
E.	Die Garantiefunktion des Strafrechts: Das Gesetzlichkeitsprinzip für Straftaten und Strafen	135
1.	Entstehung und Rahmen des Prinzips	135
2.	Der freiheitsstiftende Charakter des Strafrechts	138
3.	Die aus dem Gesetzlichkeitsprinzip für Straftaten und Strafen folgenden Unterprinzipien	139
a.	Das Verbot, durch eine andere Rechtsquelle als das Gesetz Straftaten zu schaffen oder aufzuheben und Strafen zu ändern	140
i.	Allgemeines	140
ii.	Das Verbot, Straftaten und Strafen durch Rechtsetzungsakte der Verwaltung festzulegen	140
iii.	Dekrete mit Gesetzeskraft im Ausnahmezustand (KHK) und Präsidialverordnungen	142
b.	Das Verbot, Straftaten und Strafen auf Gewohnheitsrecht zu stützen (Lex Scripta)	146
c.	Der Bestimmtheitsgrundsatz (Lex Certa)	149
d.	Das Verbot der Analogie und der zur Analogie führenden extensiven Auslegung (Lex Stricta)	156
e.	Das Rückwirkungsverbot (Lex Praevia)	162

ZWEITES KAPITEL

QUELLEN UND AUSLEGUNGSMETHODEN DES STRAFRECHTS

§ 3.	DIE QUELLEN DES STRAFRECHTS	165
I.	EINLEITUNG	165
II.	UNMITTELBARE QUELLEN	165
A.	Die Verfassung	165
B.	Internationale Übereinkommen	166
C.	Gesetze	166

1.	Das türkische Strafgesetzbuch	166
2.	Sonstige Gesetze, die Strafrechtsnormen enthalten	167
3.	Der Fall eines Widerspruchs zwischen dem TCK und anderen Gesetzen	168
a.	Der Anwendungsbereich des Art. 5 TCK	168
b.	Die zeitliche Anwendung des Art. 5 TCK	169
III.	MITTELBARE (ERGÄNZENDE) QUELLEN	171
A.	Gerichtsentscheidungen	171
B.	Regeln des Gewohnheitsrechts	172
C.	Die Lehre	173
§ 4.	DIE AUSLEGUNG IM STRAFRECHT	174
I.	DIE AUSLEGUNG ALS TEILDISZIPLIN DER ANTIKEN RHETORIK UND DER HERMENEUTIK	174
II.	DIE BEDEUTUNG DER AUSLEGUNG UND IHR UNTERSCHIED ZUR ANALOGIE	175
III.	AUSLEGUNGSMETHODEN	177
A.	Grammatische (wörtliche/wortlautbezogene) Auslegung	177
B.	Historische Auslegung	178
C.	Systematische Auslegung	180
D.	Zweckorientierte (teleologische) Auslegung	180
IV.	ARTEN DER AUSLEGUNG	181
A.	Formale Auslegung	181
1.	Auslegung durch den Gesetzgeber	181
2.	Auslegung durch die Rechtsprechung	183
3.	Auslegung durch die Lehre	184
B.	Inhaltliche Auslegung	185
1.	Restriktive Auslegung	185
2.	Extensive Auslegung	188
3.	Berichtigende Auslegung	189

DRITTES KAPITEL

DER ANWENDUNGSBEREICH DES STRAFRECHTS

§ 5.	ZEITLICHER ANWENDUNGSBEREICH	191
I.	DIE BEDEUTUNG DES ZEITLICHEN ANWENDUNGSBEREICHS	191
II.	INKRAFTTRETEN UND AUSSERKRAFTTRETEN DER GESETZE	192
III.	DER GRUNDSATZ DER ZEITLICHEN ANWENDUNG	195
IV.	DAS RÜCKWIRKUNGSVERBOT	196
V.	DIE RÜCKWIRKUNG DES FÜR DEN TÄTER GÜNSTIGEREN GESETZES	201
A.	Grundsatz	201
1.	Strafgesetze werden für die Zukunft angewandt	201
2.	Ein für den Täter nachteiliges Gesetz darf nicht rückwirkend angewandt werden	201
3.	Ein für den Täter günstiges Gesetz wird rückwirkend angewandt	201
4.	Bei der Bestimmung des für den Täter günstigeren Gesetzes werden Zwischengesetze berücksichtigt	203
B.	Die Bestimmung des für den Täter günstigeren Gesetzes	203
1.	Regeln über die Maßregeln der Besserung und Sicherung	206
2.	Verjährungsregeln	207
C.	Die Anwendung des für den Täter günstigeren Gesetzes	208
VI.	ZEITLICHE ANWENDUNG BEI BEFRISTETEN UND VORÜBERGEHENDEN GESETZEN	210
VII.	DIE BESTIMMUNG DER TATZEIT	210

A.	Zustandsdelikt	211
B.	Dauerdelikt (Dauerstraftat)	213
C.	Fortgesetzte Tat (Fortsetzungstat)	214
D.	Unterlassungsdelikt	214
§ 6.	RÄUMLICHER ANWENDUNGSBEREICH	215
§ 7.	PERSÖNLICHER ANWENDUNGSBEREICH	216
I.	DIE BEDEUTUNG DES PERSÖNLICHEN ANWENDUNGSBEREICHS	216
II.	AUSNAHMEN NACH INNERSTAATLICHEM RECHT	217
A.	Die Nichtverantwortlichkeit des Präsidenten der Republik	217
B.	Parlamentarische Vorrechte	220
1.	Parlamentarische Indemnität	221
2.	Parlamentarische Immunität	224
a.	Allgemeines	224
b.	Ausnahmefälle, in denen die parlamentarische Immunität nicht gilt	227
III.	AUSNAHMEN NACH VÖLKERRECHT	232
A.	Diplomatische Immunität	232
1.	Allgemeines	232
2.	Rechtsnatur und Folgen der diplomatischen Immunität	234
3.	Die Rechtsstellung der Konsuln und Konsulate	235
B.	Die Immunität ausländischer Soldaten	236
1.	Allgemeines	236
2.	Personen, die Immunität genießen	236
3.	Der Umfang der Immunität	236
a.	Ausschließliche Gerichtsbarkeit	237
b.	Vorrangige Gerichtsbarkeit	237

VIERTES KAPITEL

DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DES STRAFRECHTS

§ 8.	EINFÜHRUNG IN DIE GESCHICHTE DES STRAFRECHTS	239
I.	DIE HISTORISCHEN GRUNDLAGEN DES STRAFRECHTS	239
II.	DIE EPOCHE DES PRIMITIVEN STRAFRECHTS	243
A.	Allgemeines	243
B.	Die Straftat in der primitiven Epoche	244
C.	Die Bestrafung in der primitiven Epoche	245
1.	Die Praxis der Rache und ihre Nachteile	245
2.	Die der Rachepraxis gesetzten Schranken	246
III.	DIE ENTWICKLUNG DES STRAFRECHTS IN DEN EUROPÄISCHEN GESELLSCHAFTEN	248
A.	Das antike griechische Recht	249
B.	Das römische Recht	253
C.	Das germanische Recht	258
D.	Das Recht des Mittelalters (kanonisches Recht – Kirchenrecht)	260
E.	Das gemeine Strafrecht	261
F.	Das Strafrecht vom Zeitalter der Aufklärung bis zur Gegenwart	265
1.	Allgemeines	265
2.	Der Einfluss der philosophischen Strömungen auf das Strafrecht – Die klassische Schule	267
a.	Die Vertragstheoretiker	267

b.	Die Utilitaristen	268
c.	Die Gerechtigkeitstheoretiker	271
d.	Die gemischte Auffassung – Die klassische Schule	272
3.	Experiment und Beobachtung im Strafrecht – Die positivistische Schule	274
IV.	DIE ENTWICKLUNG DES STRAFRECHTS IN DEN TÜRKISCHEN GESELLSCHAFTEN	278
A.	Das Strafrecht in den türkischen Gesellschaften vor der Republik	278
1.	Das Strafrecht bei den alten Türken	278
2.	Das Strafrecht bei den Türken nach der Annahme des Islam	279
B.	Das Strafrecht in der türkischen Gesellschaft nach der Gründung der Republik	281
1.	Die Zeit des türkischen Strafgesetzbuchs Nr. 765	281
2.	Die Zeit des türkischen Strafgesetzbuchs Nr. 5237	282
§ 9.	DAS ZEITGENÖSSISCHE STRAFRECHT	284
I.	DAS STRAFRECHT IM XX. JAHRHUNDERT	284
A.	Das moderne Strafrecht – Die Synthese der klassischen und der positivistischen Schule	284
B.	Das Strafrecht im Pendelschlag zwischen liberalen und autoritären Regimen	286
II.	DAS STRAFRECHT IM XXI. JAHRHUNDERT	289
A.	Präventives Strafrecht in der Kriminalitätsbekämpfung und die Theorie des Feindstrafrechts	291
B.	Neue Formen und Felder der Kriminalität in der digitalen Welt	297

ZWEITES BUCH STRAFTATLEHRE

ERSTES KAPITEL GRUNDLAGEN DER STRAFTATLEHRE

§ 10.	EINFÜHRUNG IN DIE STRAFTATLEHRE	301
I.	DIE UNTERSUCHUNGSMETHODE DER STRAFTATLEHRE	301
II.	DIE AUFGABE DER STRAFTATLEHRE	304
III.	DIE GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DER STRAFTATLEHRE	307
A.	I. Periode (klassische Straftatlehre)	308
B.	II. Periode (neoklassische Straftatlehre)	309
C.	III. Periode (finalistische Straftatlehre)	310
D.	Die heute herrschende eklektische Straftatlehre	312
E.	Die funktionalistische Straftatlehre	313
IV.	DER BEGRIFF DER STRAFTAT UND DIE MERKMALE DER STRAFTAT	313
V.	DIE VERLETZUNG VON VERHALTENSNORMEN: DAS UNRECHT	316
A.	Der Inhalt des Unrechtsbegriffs und sein Unterschied zur Rechtswidrigkeit	316
B.	Das Handlungsunrecht	321
C.	Das Erfolgsunrecht	326
D.	Würdigung und eigene Auffassung	329
§ 11.	THEORIEN ZUR ERKLÄRUNG DES AUFBAUS DER STRAFTAT	334
I.	ALLGEMEINES	334
II.	DIE KLASSISCHE STRAFTATLEHRE	336
III.	DIE NEOKLASSISCHE STRAFTATLEHRE	339
IV.	DIE ZWECKGERICHTETE (FINALE, FINALISTISCHE) STRAFTATLEHRE	341
V.	DIE TELEOLOGISCHE STRAFTATLEHRE	344

VI. DIE LEHRE VON DEN NEGATIVEN TATBESTANDSMERKMALEN (LEHRE VOM GESAMTUNRECHTSTATBESTAND)	346
---	-----

ZWEITES KAPITEL TATBESTANDSMÄSSIGKEIT

ERSTER UNTERABSCHNITT DIE TATBESTANDSMÄSSIGKEIT IM ALLGEMEINEN

§ 12. BEGRIFF, FUNKTION UND EIGENSCHAFTEN DER TATBESTANDSMÄSSIGKEIT	349
I. DER BEGRIFF DER TATBESTANDSMÄSSIGKEIT	349
II. DEFINITION UND AUFGABE DER TATBESTANDSMÄSSIGKEIT	350
III. DER TATBESTAND ALS ABSTRAKTE BESCHREIBUNG DER STRAFTAT	351
A. Tatbestand im weiteren Sinne	352
B. Tatbestand im engeren Sinne	352
C. Die Funktionen des Tatbestands	352
1. Begrenzungsfunktion	353
2. Abgrenzungsfunktion	354
3. Appellfunktion	354
4. Erziehungsfunktion	354
5. Indizfunktion	355
IV. DER AUFBAU DES TATBESTANDS	355
A. Die Tatbestandsmerkmale	355
B. Die Einteilung der Tatbestandsmerkmale	357
1. Geschriebene und ungeschriebene Merkmale	357
2. Deskriptive und normative Merkmale	358
3. Konstitutive Merkmale und Qualifikationsmerkmale der Straftat	360
4. Objektive und subjektive Merkmale	361
V. DAS VERHÄLTNIS DER TATBESTANDSMÄSSIGKEIT ZUR RECHTSWIDRIGKEIT	362
VI. DAS VERHÄLTNIS DER TATBESTANDSMÄSSIGKEIT ZUR SCHULD	363

ZWEITER UNTERABSCHNITT DIE MATERIELLEN (OBJEKTIVEN) MERKMALE DER STRAFTAT

§ 13. DIE HANDLUNG	366
I. DER INHALT DER HANDLUNG	366
II. THEORIEN ZUR ERKLÄRUNG DER HANDLUNG	369
A. Ontologische (natürliche) Handlungslehren	372
1. Kausale Handlungslehre	374
2. Zweckgerichtete (finale) Handlungslehre	378
3. Soziale Handlungslehre	390
4. Individuelle (personale) Handlungslehre	397
B. Normativistische Handlungslehre	400
C. Eigene Auffassung zu den Handlungslehren	402
1. Vergleich der Theorien und eigene Auffassung	402
2. Der Einfluss aktueller wissenschaftlicher Entwicklungen auf die Handlungslehre sowie Ursprung und Bedeutung des Zwecks der Handlung	405
3. Die Konsequenzen der von uns vertretenen Theorien	411
III. DIE FUNKTIONEN DER HANDLUNG	413
A. Klassifikationsfunktion	413
B. Definitionsfunktion	414

C.	Verbindungsfunktion	414
D.	Begrenzungsfunktion	414
1.	Die Unterscheidung zwischen Handlungsfähigkeit und Schuldfähigkeit	417
2.	Handlungen unter der Einwirkung absoluter Gewalt	418
3.	Handlungen unter der Einwirkung höherer Gewalt	419
4.	Handlungen unter der Einwirkung nötigender Gewalt	419
5.	Reflex-, Spontan-, Affekt- und halbautomatische Handlungen	420
a.	Reflexhandlung	420
b.	Spontanhandlung	421
c.	Affekthandlung	422
d.	Halbautomatische Handlung	422
6.	Handlungen von Tieren	423
7.	Handlungen bei Verlust / Fehlen des Bewusstseins	423
8.	Würdigung und eigene Auffassung	424
IV.	DIE STRAFTATEN NACH DER ART DER HANDLUNG	425
A.	Einaktige und mehraktige Delikte	425
1.	Einaktige Delikte	425
2.	Mehraktige Delikte	425
a.	Delikte mit verbundenen Handlungen	425
b.	Delikte mit teilbarer Handlung	426
c.	Delikte mit alternativen Tathandlungen	428
B.	Delikte mit freier und mit gebundener Tathandlung	428
C.	Delikte mit augenblicklicher und mit andauernder (fortdauernder) Handlung	429
1.	Allgemeines	429
2.	Das fortdauernde Element bei Dauerdelikten und die Definition des Dauerdelikts	431
3.	Verwirklichungsform und Voraussetzungen der Dauerdelikte	432
4.	Die an Dauerdelikte geknüpften Folgen und besondere Konstellationen	433
D.	Begehungs- und Unterlassungsdelikte	434
§ 14.	DER ERFOLG	436
I.	DER ERFOLG ALS SELBSTÄNDIGES MERKMAL DER STRAFTAT	436
II.	DIE FUNKTIONEN DES ERFOLGS	437
III.	UNTERSCHIEDUNG UND EINTEILUNG DER STRAFTATEN NACH DEM ERFOLG	439
A.	Die Unterscheidung zwischen schlichtem Tätigkeitsdelikt und Erfolgsdelikt	439
B.	Die Unterscheidung zwischen Verletzungsdelikt und Gefährdungsdelikt	440
1.	Die Begriffe Verletzungsdelikt und Gefährdungsdelikt	440
2.	Die Binneneinteilung der Gefährdungsdelikte: Die Unterscheidung zwischen abstraktem und konkretem Gefährdungsdelikt	441
3.	Unternehmensdelikte (Versuchsdelikte)	445
§ 15.	DER KAUSALZUSAMMENHANG	448
I.	ALLGEMEINES	448
II.	THEORIEN ZUR ERKLÄRUNG DES KAUSALZUSAMMENHANGS	451
A.	Bedingungstheorie (Äquivalenztheorie)	452
1.	Die Anwendung der Bedingungstheorie anhand der Formel „Bedingung, ohne die nicht“ (Condictio Sine Qua Non)	452
2.	Wissenschaftlichkeit bei der Anwendung der Bedingungstheorie: Die Formel von der gesetzmäßigen Bedingung	456
B.	Zur Einschränkung der Bedingungstheorie entwickelte Theorien	459

1.	Adäquanztheorie	460
2.	Theorie der rechtlichen Erheblichkeit (Relevanztheorie): Die Einschränkung der Bedingungstheorie durch die Tatbestandsmäßigkeit	463
3.	Theorie der wirksamen Ursache	465
III.	KAUSALITÄTSPROBLEME	466
A.	Alternative Kausalität (Doppelkausalität)	466
B.	Kumulative (sich summierende) Kausalität	468
C.	Überholende Kausalität	470
D.	Angenommene (hypothetische) Kausalität	471
E.	Eine besondere Erscheinungsform der alternativen Kausalität: Die Verantwortlichkeit der Mitglieder bei Gremienentscheidungen	473
§ 16.	OBJEKTIVE ZURECHNUNG	475
I.	ALLGEMEINES	475
A.	Der Begriff der Zurechnung	475
B.	Die Funktion der Lehre von der objektiven Zurechnung	477
C.	Der Rahmen der Lehre von der objektiven Zurechnung	478
II.	FÄLLE DES AUSSCHLUSSES DER OBJEKTIVEN ZURECHNUNG	482
A.	Fälle, in denen kein rechtlich verbotenes (vorwerfbares) Risiko geschaffen wird	482
1.	Erlaubtes Risiko	484
2.	Die Erhöhung eines Risikos in rechtlich unerheblichem Maße	489
3.	Risikoverringerung	492
B.	Fälle, in denen der Erfolg nicht aus dem geschaffenen Risiko hervorgeht und die Herrschaft des Täters entfällt	494
1.	Fälle, in denen der Erfolg aufgrund eines atypischen Kausalverlaufs (eines Naturereignisses, eines Zufalls) eintritt	496
2.	Fälle, in denen der Erfolg aufgrund der Handlung des Opfers eintritt (Übernahme durch das Opfer)	498
3.	Fälle, in denen der Erfolg aufgrund der Handlung eines Dritten eintritt (Übernahme durch den Dritten)	503
a.	Theorie des adäquaten Zurechnungszusammenhangs	505
b.	Theorie der Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs	506
c.	Theorie der begrenzten Verantwortlichkeit (die Theorie der begrenzten Verantwortungsbereiche)	506
C.	Fälle, die nicht vom Schutzzweck (Schutzbereich) der Norm erfasst werden	509
1.	Bestehen einer Pflicht, die dem Schutz des Täters selbst dient	509
2.	Eintritt des Erfolgs in gleicher Weise auch bei sorgfaltsgemäßigem Verhalten des Täters	511
D.	Besondere Konstellationen des Ausschlusses der objektiven Zurechnung	513
1.	Fälle, in denen ein Pflichtwidrigkeitszusammenhang bestehen muss (Fälle hypothetischer Kausalität bei rechtmäßigem Alternativverhalten)	513
2.	Vertrauensgrundsatz	514
III.	STRAFRECHTLICHE FOLGEN DES AUSSCHLUSSES DER OBJEKTIVEN ZURECHNUNG	516
IV.	EIGENE AUFFASSUNG UND ÜBERLEGUNGEN	518
§ 17.	DER TÄTER	520
I.	DER TÄTER ALS DIE PERSON, DIE DIE STRAFTAT BEGEHT	520
II.	DAS SONDERDELIKT (SONDERSTRAFTAT)	521
A.	Echtes Sonderdelikt	521
B.	Unechtes Sonderdelikt	522
C.	Eigenhändiges Delikt	523

III.	DIE FRAGE, OB JURISTISCHE PERSONEN TÄTER EINER STRAFTAT SEIN KÖNNEN	524
A.	Theorien zur Erklärung der Grundlage der strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen	525
1.	Fiktionstheorie	525
2.	Realitätstheorie	526
B.	Die Würdigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen im Hinblick auf die allgemeinen Grundsätze	526
1.	Die Verantwortlichkeit juristischer Personen im Hinblick auf den Grundsatz der Höchstpersönlichkeit der Strafe	527
2.	Die strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen im Hinblick auf das Schuldprinzip	528
3.	Die strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen im Hinblick auf die Handlungslehre	528
C.	Würdigung und eigene Auffassung	529
§ 18.	DAS OPFER	533
I.	DER BEGRIFF DES OPFERS	533
A.	Allgemeines	533
B.	Die Unterscheidung zwischen Opfer und durch die Straftat Geschädigtem	534
II.	STRAFTATEN OHNE BESTIMMTES OPFER	534
§ 19.	DAS TATOBJEKT	537
§ 20.	DIE QUALIFIKATIONSMERKMALE DER STRAFTAT	540
I.	DER BEGRIFF DES QUALIFIKATIONSMERKMALS	540
II.	ARTEN DER QUALIFIKATIONSMERKMALE	541
A.	Objektive Qualifikationsmerkmale	541
1.	Handlungsbezogene Qualifikationsmerkmale	541
a.	Qualifikationsmerkmale nach der Art der Ausführung der Handlung	541
b.	Qualifikationsmerkmale nach Ort und Zeit der Handlung	543
2.	Auf die Eigenschaft als Täter oder Opfer bezogene Qualifikationsmerkmale	543
a.	Täterbezogene Qualifikationsmerkmale	543
b.	Opferbezogene Qualifikationsmerkmale	543
c.	Qualifikationsmerkmale nach der Beziehung zwischen Täter und Opfer	544
3.	Auf das Tatobjekt bezogene Qualifikationsmerkmale	544
B.	Subjektive Qualifikationsmerkmale	545
DRITTER UNTERABSCHNITT DIE INNEREN (KOGNITIVEN/SUBJEKTIVEN) MERKMALE DER STRAFTAT		
§ 21.	DER BEGRIFF DES SUBJEKTIVEN TATBESTANDS UND SEINE STELLUNG IN DER STRAFTATLEHRE	546
§ 22.	DER VORSATZ	552
I.	UMFANG UND ELEMENTE DES VORSATZES	552
A.	Begriff und Elemente des Vorsatzes im Allgemeinen	552
B.	Die Frage, worauf sich das Wissen beim Vorsatz erstrecken muss	554
II.	THEORIEN ZUR ERKLÄRUNG DES VORSATZES	558
A.	Vorstellungstheorie	558
B.	Willenstheorie	560
C.	Gemischte Theorie: Bewusstseins- und Willenstheorie	562
D.	Würdigung und eigene Auffassung	563
III.	DAS MERKMAL ABSICHT – BEWEGGRUND	565
IV.	ARTEN DES VORSATZES	568

A.	Direkter Vorsatz	568
B.	Bedingter (unbestimmter) Vorsatz	572
1.	Vorstellungstheorien: Möglichkeitstheorie und Wahrscheinlichkeitstheorie	574
2.	Willenstheorien: Gleichgültigkeitstheorie und Billigungstheorie	575
3.	Würdigung und eigene Auffassung	576
4.	Sonderfälle beim bedingten Vorsatz	577
5.	Das Problem des Versuchs beim bedingten Vorsatz	580
V.	BESONDERE ERSCHEINUNGSFORMEN DES VORSATZES	583
A.	Plötzlicher Vorsatz–Vorsatz mit Vorbedacht	583
B.	Der verspätete Erfolgseintritt (Dolus Generalis / Weberscher Vorsatz)	587
1.	Vollendungslösung	589
a.	Handlungsbezogene Auffassung	589
b.	Kausalitätsbezogene Auffassung	590
2.	Versuchslösung	590
3.	Adäquanzlösung	590
4.	Lehre von der Verwirklichung des Täterplans	592
5.	Eigene Auffassung	593
6.	Fälle des umgekehrten Dolus Generalis	594
C.	Alternativer Vorsatz – Kumulativer Vorsatz	595
VI.	DER MASSGEBLICHE ZEITPUNKT FÜR DAS VORLIEGEN DES VORSATZES	598

DRITTES KAPITEL RECHTSWIDRIGKEIT

ERSTER UNTERABSCHNITT DAS MERKMAL DER RECHTSWIDRIGKEIT

§ 23.	DER BEGRIFF DER RECHTSWIDRIGKEIT UND DIE FUNKTION IHRER AUSDRÜCKLICHEN ERWÄHNUNG IN EINZELNEN STRAFTATBESTÄNDEN	603
I.	DER BEGRIFF DER RECHTSWIDRIGKEIT	603
A.	Definition und Unterscheidung zwischen formeller und materieller Rechtswidrigkeit	603
B.	Das Verhältnis von Verbotsnorm und Erlaubnisnorm	605
C.	Die Stellung der Rechtswidrigkeit im Aufbau der Straftat	607
D.	Das Verhältnis von Rechtswidrigkeit und Schuld	608
E.	Der Inhalt der Rechtswidrigkeit	610
F.	Die Tatbestandsmäßigkeit indiziert die Rechtswidrigkeit	610
G.	Die Rechtswidrigkeit ist eine Bewertung aus der Sicht der gesamten Rechtsordnung	612
H.	Das Verhältnis von Rechtswidrigkeit und Unrecht	617
II.	DIE FUNKTION DER AUSDRÜCKLICHEN ERWÄHNUNG DER RECHTSWIDRIGKEIT IN EINZELNEN STRAFTATBESTÄNDEN	618
A.	Allgemeines	618
B.	Die Auffassung von der besonderen Rechtswidrigkeit	619
C.	Die Lehre von den gesamtatbewertenden Merkmalen und die auf dieser Unterscheidung beruhende Lösung	620
D.	Die Auffassung, nach der diese Formulierungen funktionslos sind	622
E.	Würdigung und eigene Auffassung	622

ZWEITER UNTERABSCHNITT RECHTFERTIGUNGSGRÜNDE

§ 24.	DER ALLGEMEINE RAHMEN DER RECHTFERTIGUNGSGRÜNDE	626
-------	---	-----

I.	ALLGEMEINES	626
II.	DAS INNERE (SUBJEKTIVE) ELEMENT DER RECHTFERTIGUNGSGRÜNDE: HANDELN DES TÄTERS IN DEM WISSEN, SICH RECHTMÄSSIG ZU VERHALTEN	631
§ 25.	DIE ERFÜLLUNG EINER PFLICHT	637
I.	DIE AUSFÜHRUNG EINER GESETZESVORSCHRIFT	637
II.	DIE AUSFÜHRUNG DES RECHTMÄSSIGEN BEFEHLS EINES VORGESETZTEN	640
§ 26.	NOTWEHR	643
I.	ALLGEMEINES	643
II.	DIE RECHTSNATUR DER NOTWEHR	644
III.	DIE VORAUSSETZUNGEN DER NOTWEHR	649
A.	Den Angriff betreffende Voraussetzungen	649
1.	Es muss ein Angriff vorliegen	649
2.	Der Angriff muss rechtswidrig sein	653
3.	Der Angriff muss sich gegen ein Recht richten	661
4.	Es muss ein gegenwärtiger Angriff oder ein Angriff vorliegen, dessen Eintritt oder Wiederholung mit Sicherheit zu erwarten ist	664
B.	Die Verteidigung betreffende Voraussetzungen	669
1.	Die Verteidigung muss erforderlich sein	669
2.	Die Verteidigung muss sich gegen den Angriff und den Angreifer richten	671
3.	Verhältnismäßigkeit zwischen Verteidigung und Angriff	672
IV.	NOTWEHR ZUGUNSTEN EINES DRITTEN (NOTHILFE)	680
A.	Notwehr zugunsten eines Menschen	680
B.	Notwehr zugunsten des Staates	684
C.	Notwehr zugunsten eines Tieres	686
§ 27.	DIE AUSÜBUNG EINES RECHTS	688
I.	Die Immunität der Verteidigung	689
II.	Die Meinungsfreiheit	691
A.	Begriff	691
B.	Der Inhalt der Meinungsfreiheit	692
C.	Bedeutung und Anwendung der Meinungsfreiheit	693
D.	Die Ausübung der Meinungsfreiheit	694
E.	Bedeutung für das Strafrecht	694
§ 28.	DIE EINWILLIGUNG	696
I.	ALLGEMEINES	696
II.	RECHTSNATUR	698
III.	DIE VORAUSSETZUNGEN EINER WIRKSAMEN EINWILLIGUNG	699
A.	Die freie Verfügungsbefugnis der betroffenen Person in diesem Bereich	699
1.	Fälle bestehender und fehlender Verfügungsbefugnis	699
2.	Sterbehilfe	703
B.	Die Einwilligungsfähigkeit der betroffenen Person	705
C.	Die Form der Einwilligungserklärung	706
IV.	MUTMASSLICHE EINWILLIGUNG	707
V.	HYPOTHETISCHE EINWILLIGUNG	708
§ 29.	PFLICHTENKOLLISION	710

ERSTER UNTERABSCHNITT
DIE SCHULD IM ALLGEMEINEN

§ 30. DIE STELLUNG DER SCHULD IN DER STRAFTATLEHRE UND IHRE ELEMENTE	713
I. DIE GRUNDLAGE DER SCHULD	713
A. Begriff: Das Verhältnis von Schuld und Schuldhaftigkeit	713
B. Ein Werturteil über die Vorwerfbarkeit des Täters	715
C. Säkulare Moral als Grundlage der Vorwerfbarkeit	718
D. Das Verhältnis der Vorwerfbarkeit zum Unrechtsbewusstsein	723
E. Unrechtsbewusstsein, der Begriff der Kooperation und die Unbeachtlichkeit der Gesetzesunkenntnis als Entschuldigung	724
II. THEORIEN ZUR ERKLÄRUNG DER SCHULD	725
A. Allgemeiner Rahmen	726
B. Psychologische Schuldtheorie	727
C. Normative Schuldtheorie	729
D. Finalistische Auffassung	732
E. Eingeschränkte Schuldtheorie	734
F. Vergleich der Vorsatztheorie, der Schuldtheorie, der strengen und der eingeschränkten Schuldtheorie und ihre Auswirkung auf die Bestrafung	736
G. Die Konsequenzen der Schuldtheorien für die Unterlassungsdelikte und die Garantenpflicht	739
III. DIE ELEMENTE DER SCHULD	745
A. Schuldfähigkeit	745
B. Unrechtsbewusstsein	746
C. Zumutbarkeit	748
§ 31. GRÜNDE, DIE DIE SCHULD BEEINFLUSSEN	749
I. DAS TERMINOLOGIEPROBLEM	749
II. GRÜNDE, DIE DIE SCHULD BEEINFLUSSEN, IM TÜRKISCHEN STRAFGESETZBUCH (TCK)	750
III. DIE STELLUNG DER DIE SCHULD BEEINFLUSSENDEN UMSTÄNDE IN DER STRAFTATSYSTEMATIK UND DIE PRÜFUNGSREIHENFOLGE	751
ZWEITER UNTERABSCHNITT GRÜNDE, DIE DIE SCHULD AUSSCHLIESSEN ODER MINDERN	
§ 32. MINDERJÄHRIGKEIT	754
I. ALLGEMEINES	754
II. ERSTE ALTERSGRUPPE DER MINDERJÄHRIGKEIT: KINDER, DIE DAS 12. LEBENSJAHR NOCH NICHT VOLLENDET HABEN	755
III. ZWEITE ALTERSGRUPPE DER MINDERJÄHRIGKEIT: KINDER, DIE DAS 12., ABER NOCH NICHT DAS 15. LEBENSJAHR VOLLENDET HABEN	757
IV. DRITTE ALTERSGRUPPE DER MINDERJÄHRIGKEIT: KINDER, DIE DAS 15., ABER NOCH NICHT DAS 18. LEBENSJAHR VOLLENDET HABEN	759
§ 33. GEISTESKRANKHEIT	762
I. SYSTEME ZUR BESTIMMUNG DER AUSWIRKUNG DER GEISTESKRANKHEIT AUF DIE SCHULDFÄHIGKEIT	763
A. Biologisches System	763
B. Psychologisches System	763
C. Gemischtes System	764
II. DIE AUSWIRKUNG DER GEISTESKRANKHEIT AUF DIE SCHULD IM TCK	764
§ 34. TAUBSTUMMHEIT	768

§ 35. VORÜBERGEHENDE GRÜNDE, EINFLUSS VON ALKOHOL ODER BETÄUBUNGSMITTELN	770
I. DER BEGRIFF DES VORÜBERGEHENDEN GRUNDES	770
II. DIE WÜRDIGUNG DER ZUSTÄNDE, DIE ALS VORÜBERGEHENDER GRUND IN BETRACHT KOMMEN	771
III. DIE LEHRE VON DER IN DER URSACHE FREIEN HANDLUNG (ACTIONE LIBERA IN CAUSA)	773
IV. AUFFASSUNGEN ZUR ERKLÄRUNG DER LEHRE VON DER IN DER URSACHE FREIEN HANDLUNG	774
A. Theorie der Vorverlagerung der Handlung/Theorie der vorgelagerten Zurechnung	774
B. Mittelbare Täterschaft/Werkzeugtheorie	775
C. Ausnahmetheorie	777
D. Würdigung und eigene Auffassung	779
V. RAUSCH INFOLGE UNFREIWilliger EINNAHME VON ALKOHOL ODER BETÄUBUNGSMITTELN	780
VI. RAUSCH INFOLGE FREIWilliger EINNAHME VON ALKOHOL ODER BETÄUBUNGSMITTELN	781
VII. DIE AUSWIRKUNG DER SCHULDFÄHIGKEIT AUF DIE STRAFTAT BEI ALKOHOL- ODER BETÄUBUNGSMITTELABHÄNGIGEN	782
§ 36. UNGERECHTFERTIGTE PROVOKATION	783
I. DIE RECHTSNATUR DER UNGERECHTFERTIGTEN PROVOKATION	784
II. DIE VORAUSSETZUNGEN DER UNGERECHTFERTIGTEN PROVOKATION	785
A. Vorliegen einer provozierenden Tat	786
B. Unrechtmäßigkeit der provozierenden Handlung	787
C. Zorn oder heftiger Schmerz des Täters infolge der unrechtmäßigen provozierenden Handlung	788
D. Begehung der Straftat unter dem Einfluss von Zorn und heftigem Schmerz	789
E. Richtung der Handlung des Täters gegen den Provozierenden	790
III. SONDERFÄLLE DER UNGERECHTFERTIGTEN PROVOKATION	792
A. Ungerechtfertigte Provokation und Notwehr	793
B. Ungerechtfertigte Provokation und Vorbedacht	793
C. Ungerechtfertigte Provokation und die Beweggründe der Blutrache und des Brauchtums	794
IV. RECHTSFOLGE DER UNGERECHTFERTIGTEN PROVOKATION	795
§ 37. ÜBERSCHREITUNG DER GRENZEN BEI DEN DIE STRAFRECHTLICHE VERANTWORTLICHKEIT AUSSCHLIESSENDE UMSTÄNDE (ART. 27 ABS. 1)	796
I. UNVORSÄTZLICHE ÜBERSCHREITUNG DER GRENZEN BEI RECHTFERTIGUNGSGRÜNDEN	796
II. UNTERSCHIED ZWISCHEN DER UNVORSÄTZLICHEN ÜBERSCHREITUNG DER GRENZEN BEI RECHTFERTIGUNGSGRÜNDEN UND DER ÜBERSCHREITUNG DER GRENZEN DER NOTWEHR	798
DRITTER UNTERABSCHNITT	
ENTSCULDIGUNGSGRÜNDE	
§ 38. BEGRIFF UND RECHTSNATUR DES ENTSCULDIGUNGSGRUNDES	800
I. BEGRIFF UND ENTSTEHUNG DES ENTSCULDIGUNGSGRUNDES	800
II. RECHTSNATUR	802
A. Unterschiede des Entschuldigungsgrundes zu den sonstigen die strafrechtliche Verantwortlichkeit beeinflussenden oder ausschließenden Umständen und Notwendigkeit seiner Anerkennung als eigenständige Kategorie	802
B. Grundlage des Entschuldigungsgrundes: Zumutbarkeit	804
C. Stellung des Entschuldigungsgrundes in der türkischen Strafrechtslehre	808
§ 39. NOTSTAND	810
I. ALLGEMEINES	810
II. VORAUSSETZUNGEN DES NOTSTANDS	814
A. Voraussetzungen hinsichtlich der Gefahr	814
1. Vorliegen einer schweren Gefahr	814

2.	Vorliegen einer gegenwärtigen und gewissen Gefahr	815
3.	Richtung der Gefahr gegen ein Recht des Handelnden selbst oder eines anderen	816
B.	Voraussetzungen hinsichtlich der Abwendung der Gefahr	816
1.	Fehlen einer anderen Möglichkeit, die Gefahr abzuwenden	817
2.	Verhältnismäßigkeit zwischen der Abwendungshandlung und der Schwere der Gefahr	818
C.	Rettungswille (subjektives Element)	819
D.	Umstände, die die Zumutbarkeit beeinflussen	819
1.	Keine wissentliche und eigene Verursachung der Gefahr	820
2.	Fehlen eines besonderen Rechtsverhältnisses, das zur Hinnahme der Gefahr verpflichtet	821
III.	UNTERSCHIEDE ZWISCHEN NOTSTAND UND NOTWEHR	822
§ 40.	AUSFÜHRUNG EINES RECHTSWIDRIGEN, ABER VERBINDLICHEN BEFEHLS	824
I.	ALLGEMEINES	824
II.	KRITIK DER REGELUNGEN ÜBER DEN BEFEHL DES VORGESETZTEN	826
§ 41.	ÜBERSCHREITUNG DER GRENZEN DER NOTWEHR (ART. 27 ABS. 2)	830
I.	ALLGEMEINES	830
II.	RECHTSNATUR	830
III.	FÄLLE DER ÜBERSCHREITUNG DER GRENZEN	832
IV.	ABGRENZUNG VON DER UNGERECHTFERTIGTEN PROVOKATION	835
V.	ABGRENZUNG VOM IRRTUM	836
§ 42.	BEEINTRÄCHTIGUNG DER WILLENSFÄHIGKEIT DES TÄTERS DURCH GEWALT UND DROHUNG	838

FÜNFTES KAPITEL

IRRTUM (FEHLVORSTELLUNG)

§ 43.	BEDEUTUNG UND ARTEN DES IRRTUMS	841
I.	ALLGEMEINES	841
II.	VORSATZAUSSCHLIESSENDE IRRTUMSFÄLLE	843
A.	Irrtum über die objektiven Merkmale des Tatbestands	845
1.	Fälle des gleichwertigen und des ungleichwertigen Irrtums	848
2.	Irrtum bei Tatbeständen mit alternativen Tathandlungen	851
3.	Umgekehrter Tatbestandsirrtum, doppelt umgekehrter Irrtum und unmögliche Straftat (untauglicher Versuch)	852
B.	Irrtum über die Qualifikationsmerkmale der Straftat	854
C.	Irrtum über die tatsächlichen Voraussetzungen der Rechtfertigungsgründe	855
III.	IRRTUM ÜBER SCHULDBEEINFLUSSENDE GRÜNDE	859
A.	Irrtum über die tatsächlichen Merkmale schuldausschließender oder schuld mindernder Gründe	859
B.	Unrechtsirrtum (Verbotsirrtum)	861
1.	Allgemeines	861
2.	Begriff des Unrechtsbewusstseins und sein Verhältnis zum Unrechtsirrtum	862
3.	Irrtum über das Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	864
4.	Rechtsfolgen des Unrechtsirrtums	867
IV.	AUSWIRKUNG DES IRRTUMS AUF DIE OBJEKTIVEN BEDINGUNGEN DER STRAFBARKEIT	868
§ 44.	FEHLGEHEN DER TAT	870

§ 45. UNTERLASSEN	875
I. DURCH UNTERLASSEN BEGANGENE STRAFTATEN	876
A. Echtes Unterlassungsdelikt	876
B. Unechtes (scheinbares) Unterlassungsdelikt	878
1. Begriff, Rechtsnatur und Merkmale	878
2. Voraussetzungen der Gleichstellung des Unterlassens mit dem aktiven Tun	879
a. Erfolgsabwendungspflicht (Garantenstellung)	879
b. Abwendbarkeit des Erfolgs (hypothetische Kausalität)	882
c. Objektive Zurechnung	884
d. Gleichwertigkeit des Unterlassens mit dem aktiven Tun	886
3. Quellen der Erfolgsabwendungspflicht	889
a. Garantenstellung aus einer gesetzlichen Regelung	889
i. Pflicht aus Ehe und Elternschaft	890
ii. Schutzpflicht des Staates (der Amtsträger)	892
b. Garantenstellung aus Vertrag	894
i. Rechtliche Grundlage der Garantenstellung aus Vertrag	894
ii. Zustandekommen des Vertrags und Vertrauenstheorie	895
iii. Erfordernis der tatsächlichen Übernahme der Aufgabe	896
iv. Ausnahmen vom Erfordernis der tatsächlichen Übernahme	898
v. Beginn und Ende der Garantenstellung	900
vii. Besondere Stellung der Angehörigen der Heilberufe	902
c. Garantenstellung aus vorangegangenen gefahrbezüglichen Verhalten	904
4. Gesetzliche Grundlage der unechten Unterlassungsdelikte	907
5. Sind die unechten Unterlassungsdelikte abschließend aufgezählt?	910
6. Verhältnis zwischen der Garantenstellung und der Qualifikation nach Art. 82 Abs. 1 Buchst. e	913
II. TATBESTANDSMÄSSIGKEIT DES UNTERLASSUNGSDELIKTS	916
A. Gefahr des Erfolgeintritts und Entstehung der Handlungspflicht	916
B. Beschaffenheit der vom Garanten erwarteten Handlung	917
C. Individuelle Handlungsmöglichkeit	918
D. Struktur der Tatbestandsmäßigkeit des Unterlassungsdelikts	919
III. KAUSALITÄT BEIM UNTERLASSEN	919
A. Kausalität bei den echten Unterlassungsdelikten	920
B. Das Kausalitätsproblem bei den unechten Unterlassungsdelikten	920
C. Unzulänglichkeit der Bedingungstheorie für das Unterlassen	921
D. Quasikausalität	922
E. Hypothetisches Hinzudenken des pflichtgemäßen Alternativverhaltens	922
F. Der Ansatz des Kassationshofs zur Quasikausalität	923
G. Verhältnis zwischen Kausalität und objektiver Zurechnung	924
IV. VERSUCH BEI UNTERLASSUNGSDELIKTEN	924
A. Versuch bei echten und unechten Unterlassungsdelikten	924
B. Zeitpunkt des Versuchsbeginns beim unechten Unterlassungsdelikt	927
1. Theorie des letztmöglichen Eingriffs	928
2. Theorie des erstmöglichen Rettungseingriffs	928
3. Theorie der unmittelbaren Gefährdung des Rechtsguts	929

4. Eigene Auffassung	930
V. AUSWIRKUNG DES UNTERLASSENS AUF DIE KRIMINALPOLITIK UND DIE SANKTIONSTHEORIE	931
§ 46. FAHRLÄSSIGKEIT	933
I. DER BEGRIFF DER FAHRLÄSSIGKEIT	933
A. Verhältnis zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit	933
B. Stellung der Fahrlässigkeit im Straftatsystem	934
C. Das Problem der gesetzlichen Definition der Fahrlässigkeit	935
D. Wesen der Fahrlässigkeit: Verletzung der Aufmerksamkeits- und Sorgfaltspflicht	935
E. Bezugspunkt der Fahrlässigkeit: der Erfolg oder sämtliche objektiven Merkmale der Straftat?	936
II. AUFFASSUNGEN ZUR RECHTLICHEN STRUKTUR DER FAHRLÄSSIGKEIT UND IHRE KONSEQUENZEN	937
A. Das Fahrlässigkeitsdelikt als Verletzung einer doppelten Sorgfaltspflicht	937
B. Der Ansatz der finalen Handlungslehre zur Fahrlässigkeit	939
C. Das Fahrlässigkeitsdelikt in seiner aus Unrecht und Schuld bestehenden Struktur	940
1. Klassische (kausale) Lehre	943
2. Neoklassische Lehre	944
3. Moderne Lehre	944
III. SYSTEMATIK UND MERKMALE DER FAHRLÄSSIGKEITSDELIKTE	947
A. Handlung	948
B. Verursachung des Erfolgs	949
C. Verletzung der objektiven Sorgfaltspflicht	951
1. Inhalt und Maßstab der objektiven Sorgfaltspflicht	951
2. Begrenzung der Sorgfaltspflicht	953
D. Objektive Zurechenbarkeit des Erfolgs	955
1. Objektive Vorhersehbarkeit des Erfolgs	955
2. Pflichtwidrigkeitszusammenhang	956
3. Schutzbereich der Norm	958
4. Probleme im Bereich der objektiven Zurechnung	959
a. Hinzutretendes Verhalten des Opfers (eigenverantwortliche Selbstschädigung oder Selbstgefährdung)	959
b. Dazwischentreten eines vorsätzlich oder schuldhaft handelnden Dritten	962
c. Hinzutreten des fahrlässigen Verhaltens eines anderen zum fahrlässigen Verhalten des Täters	965
E. Schuld beim Fahrlässigkeitsdelikt	966
1. Erkennbarkeit und Erfüllbarkeit der objektiven Sorgfaltspflicht	967
2. Zumutbarkeit der Einhaltung der Sorgfaltspflicht für den Täter	968
IV. ARTEN DER FAHRLÄSSIGKEIT	969
A. Einfache Fahrlässigkeit	969
B. Bewusste Fahrlässigkeit	970
V. UNGERECHTFERTIGTE PROVOKATION UND FAHRLÄSSIGKEITSDELIKTE	972
VI. PERSÖNLICHER STRAFAUSSCHLIESSUNGSGRUND UND PERSÖNLICHER STRAFMILDERUNGSGRUND BEI FAHRLÄSSIGKEITSDELIKTEN	973
VII. GRENZFÄLLE: DURCH UNTERLASSEN BEGANGENE FAHRLÄSSIGKEITSDELIKTE	975
A. Im Rahmen der Tatbestandsmäßigkeit behandelte Ansätze	977
1. Der Schwerpunkt der Vorwerfbarkeit als normativer Ansatz	977
2. Naturalistisch-ontologischer Ansatz	979
B. Konkurrenzlösung	980
C. Unzulänglichkeit der Auffassungen bei Fahrlässigkeitsdelikten	980

D.	Verwechslung der Begriffe Fahrlässigkeit und Unterlassen	981
E.	Der Ansatz des Kassationshofs	983
F.	Ähnliche Ansätze in der Lehre	985
G.	Eigene Auffassung zur Nichtgleichsetzung von Fahrlässigkeit und Unterlassen	986
H.	Notwendigkeit einer ausdrücklichen Regelung im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen	988
§ 47.	VORSATZ-FAHRLÄSSIGKEITS-KOMBINATIONEN: DAS ERFOLGSQUALIFIZIERTE DELIKT	991
I.	STRUKTUR UND MERKMALE DES ERFOLGSQUALIFIZIERTEN DELIKTS	993
A.	Objektive Zurechenbarkeit der Folge	998
B.	Subjektive Zurechenbarkeit der Folge	999
II.	PROBLEME BEIM ERFOLGSQUALIFIZIERTEN DELIKT	1001
A.	Das Problem des Versuchs beim erfolgsqualifizierten Delikt	1001
1.	Versuch des Grunddelikts durch den Täter bei fahrlässiger Herbeiführung der besonderen Folge	1002
2.	Versuch des Täters hinsichtlich der schweren Folge	1005
3.	Verbleiben des Grunddelikts im Versuchsstadium und Ausbleiben der schweren Folge	1006
B.	Das Problem der Beteiligung an erfolgsqualifizierten Delikten	1006
§ 48.	VERSUCH	1009
I.	ALLGEMEINES	1009
II.	THEORIEN ZUM STRAFGRUND DES VERSUCHS	1010
A.	Objektive Theorie	1010
B.	Subjektive Theorie	1012
C.	Eindruckstheorie	1012
D.	Der Ansatz des türkischen Strafgesetzbuchs (TCK)	1013
III.	VORAUSSETZUNGEN DES VERSUCHS	1014
A.	Vorprüfung: Nichtvollendung der Straftat und Versuchsfähigkeit des Delikts	1015
B.	Vorliegen einer vorsätzlich zu begehenden Straftat und des auf ihre Begehung gerichteten Vorsatzes	1016
C.	Unmittelbares Ansetzen zur Ausführung der Straftat mit tauglichen Handlungen	1018
1.	Vorbereitungshandlungen und der Grund ihrer Straflosigkeit	1018
2.	Taugliche Handlung	1021
3.	Wahndelikt (Putativdelikt)	1025
4.	Unmittelbares Ansetzen zu den Ausführungshandlungen	1026
a.	Objektive Theorien	1027
i.	Formell-objektive Theorie	1027
ii.	Materiell-objektive Theorie	1028
b.	Subjektive Theorien	1030
c.	Gemischte Theorien	1031
d.	Der Ansatz des TCK	1032
5.	Die Begriffe des beendeten und des unbeendeten Versuchs	1033
6.	Versuch mehrerer Straftaten	1035
IV.	BESONDERE KONSTELLATIONEN DES VERSUCHS	1035
V.	RÜCKTRITT VOM VERSUCH	1036
A.	Allgemeines	1036
B.	Theorien zur Erklärung der Straflosigkeit des Täters beim Rücktritt vom Versuch	1037
1.	Kriminalpolitische Theorie	1038
2.	Verdienstlichkeitstheorie (Gnaden- oder Prämientheorie)	1039
3.	Strafzwecktheorie	1039

4.	Rechtstheorien	1040
C.	Merkmale des Rücktritts vom Versuch	1041
1.	Nichtvollendung der Straftat	1041
2.	Willentlichkeit und Freiwilligkeit des Rücktritts	1044
3.	Das System des Rücktritts vom Versuch	1046
§ 49.	BETEILIGUNG	1048
I.	EINLEITUNG	1048
II.	RECHTLICHE GRUNDLAGE DER BETEILIGUNG AN DER STRAFTAT	1049
III.	SYSTEME ZUR BESTIMMUNG DER VERANTWORTLICHKEIT BEI DER BETEILIGUNG AN DER STRAFTAT	1051
A.	Gleichstellungssystem (Einheitstäterschaft)	1051
B.	Dualistisches System	1052
C.	System der Bestimmung der Strafe nach dem Täter (subjektives System)	1053
D.	Das im TCK für die Beteiligung an der Straftat und die Unterscheidung zwischen Täterschaft und Teilnahme gewählte System	1054
IV.	VORAUSSETZUNGEN DER BETEILIGUNG AN DER STRAFTAT	1057
A.	Mehrzahl von Beteiligten	1057
B.	Vorliegen mehrerer Handlungen mit Kausalwert	1057
C.	Vorliegen des Willens zur Beteiligung an der Straftat	1058
D.	Erfordernis, dass die Straftat, an deren Begehung die Beteiligung erfolgt, zumindest das Versuchsstadium erreicht hat	1059
V.	TÄTERSCHAFT	1060
A.	Unterscheidung zwischen Eintäter- und Mehrtäterdelikten	1060
1.	Eintäterdelikte	1060
2.	Mehrtäterdelikte	1061
a.	Konvergenzdelikte	1062
b.	Begegnungsdelikte	1062
B.	Formen der Täterschaft	1062
1.	Selbständige (unmittelbare) Täterschaft	1063
a.	Eigenhändige Delikte	1064
b.	Sonderdelikte	1065
c.	Pflichtdelikte	1066
2.	Mittäterschaft	1067
a.	Allgemeines	1067
b.	Voraussetzungen der Mittäterschaft	1068
i.	Begründung gemeinsamer Tatherrschaft über die Begehung der Straftat	1068
ii.	Wert des durch Unterlassen geleisteten Tatbeitrags	1071
aaa)	Mittäterschaft durch Unterlassen	1071
bbb)	Beteiligung durch Unterlassen an einer Begehungstat	1073
ccc)	Vorbereitungshandlungen begründen keine gemeinsame Tatherrschaft	1075
iii.	Gemeinsamer Tatentschluss	1076
3.	Mittelbare Täterschaft	1081
a.	Allgemeines	1081
b.	Erscheinungsformen der mittelbaren Täterschaft	1084
i.	Mittelbare Täterschaft in Form der Willensherrschaft kraft Nötigung	1084
ii.	Mittelbare Täterschaft durch Einsatz eines Schuldunfähigen als Werkzeug	1087
iii.	Mittelbare Täterschaft durch Hervorrufen eines Irrtums beim Tatmittler oder durch Ausnutzen seines bestehenden Irrtums	1088

iv.	Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen	1091
4.	Nebentäterschaft	1093
VI.	TEILNAHME	1094
A.	Allgemeines	1094
B.	Rechtliche Grundlage der Strafbarkeit der Teilnahme	1095
C.	Formen der Teilnahme	1096
1.	Anstiftung	1096
a.	Allgemeines	1096
b.	Objektive Merkmale der Anstiftung	1098
i.	Gegenstand der Anstiftung	1098
ii.	Erfordernis mindestens eines Anstifters und eines Angestifteten	1099
iii.	Beschaffenheit der Anstiftungshandlung	1101
iv.	Kausalzusammenhang zwischen den Handlungen des Anstifters und des Angestifteten und objektive Zurechenbarkeit des eingetretenen Erfolgs gegenüber dem Anstifter	1102
v.	Beginn der Tatausführung durch den Angestifteten nach der Anstiftungshandlung	1103
c.	Subjektives Merkmal der Anstiftung: der Anstiftersvorsatz	1103
d.	Überschreitung des Vorsatzes des Angestifteten	1104
e.	Fehlgeschlagene (erfolglose) Anstiftung	1106
f.	Strafschärfende und strafmildernde Qualifikationen bei der Anstiftung	1107
2.	Beihilfe	1109
a.	Allgemeines	1109
b.	Physische Beihilfe	1111
i.	Verschaffen der bei der Begehung der Straftat verwendeten Mittel	1111
ii.	Erleichterung der Tatausführung durch Hilfeleistung vor oder während der Begehung der Straftat	1112
c.	Psychische Beihilfe	1112
i.	Ermunterung zur Begehung der Straftat	1112
ii.	Bestärkung des Tatentschlusses	1113
iii.	Zusage von Hilfe nach der Begehung der Straftat	1113
iv.	Hinweise zur Art und Weise der Begehung der Straftat	1114
VII.	GRUNDSATZ DER AKZESSORIETÄT	1114
A.	Allgemeines	1114
B.	Übergang der Qualifikationen bei Straftaten mit mehreren Beteiligten	1116
C.	Beteiligung an Sonderdelikten	1118
VIII.	BESONDERE KONSTELLATIONEN DER BETEILIGUNG AN DER STRAFTAT	1119
A.	Auswirkung der organisierten Begehung der Straftat auf die Beteiligung	1119
B.	Mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft	1120
C.	Versuch und Rücktritt vom Versuch bei der Beteiligung an der Straftat	1122
§ 50.	ZUSAMMENTREFFEN VON STRAFTATEN (KONKURRENZEN)	1125
I.	EINLEITUNG	1125
A.	Allgemeines	1125
B.	Terminus und Begriff	1127
C.	Gegenstand der Konkurrenzen	1128
1.	Regel: Tatmehrheit (Zusammentreffen der Strafen)	1128
2.	Ausnahme: Zusammentreffen von Straftaten (Konkurrenzen)	1128
D.	Bedeutung des Begriffs der Mehrheit von Straftaten	1129

II.	UNTERSCHEIDUNG ZWISCHEN HANDLUNGSEINHEIT UND HANDLUNGSMEHRHEIT	1130
A.	Das maßgebliche Kriterium für die Unterscheidung zwischen Handlungseinheit und Handlungsmehrheit	1130
B.	Der Begriff der Handlung im natürlichen Sinne	1131
C.	Handlungseinheit im Rechtssinne	1132
1.	Tatbestandliche (normative) Handlungseinheit	1132
2.	Natürliche Handlungseinheit	1133
D.	Die Unterscheidung zwischen Handlungseinheit und Handlungsmehrheit im Rechtsvergleich	1134
III.	TATEINHEIT (IDEALKONKURRENZ)	1135
A.	Definition und Rechtsnatur	1135
B.	Auffassungen zur Begründung der Verhängung nur einer Strafe bei Tateinheit	1136
1.	Die auf die Handlungseinheit abstellende Auffassung	1137
2.	Die auf den Grundsatz non bis in idem abstellende Auffassung	1137
3.	Eigene Auffassung	1138
C.	Voraussetzungen der Tateinheit	1139
1.	Vorliegen nur einer Handlung	1139
2.	Verwirklichung mehrerer Straftaten durch die eine Handlung – Arten der Tateinheit	1141
a.	Gleichartige Tateinheit (gleichartige Idealkonkurrenz)	1142
b.	Ungleichartige Tateinheit (ungleichartige Idealkonkurrenz)	1147
3.	Vorliegen der Verfolgungsvoraussetzungen und Strafbarkeit hinsichtlich jeder Straftat	1149
D.	Sonderfälle der Tateinheit	1150
E.	Anwendung der Tateinheit beim Fehlgehen der Tat	1153
F.	Rechtsfolgen der Tateinheit	1155
IV.	FORTGESETZTE TAT	1156
A.	Definition und Rechtsnatur	1156
B.	Voraussetzungen der fortgesetzten Tat	1158
1.	Vorliegen mehrerer Handlungen	1159
2.	Begehung jeder der Handlungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten	1162
3.	Verwirklichung derselben Straftat durch die Handlungen	1165
4.	Identität des Opfers	1167
5.	Begehung der Straftaten „in Ausführung desselben Tatentschlusses“	1171
C.	Rechtsfolge der fortgesetzten Tat	1173
D.	Fälle, in denen die Regelung der fortgesetzten Tat keine Anwendung findet	1174
V.	SCHEINBARE KONKURRENZ (GESETZESKONKURRENZ)	1176
A.	Allgemeines	1176
B.	Grundsätze und Arten der scheinbaren Konkurrenz	1177
1.	Grundsatz des Vorrangs der Spezialnorm (Verhältnis zwischen Spezialnorm und allgemeiner Norm)	1177
2.	Grundsatz der Konsumtion einer Norm durch eine andere (Verhältnis zwischen konsumierender und konsumierter Norm)	1181
a.	Allgemeines	1181
b.	Zusammengesetzte Straftat	1183
i.	Allgemeines	1183
ii.	Verbindung der Merkmale zweier Straftaten zu einer selbständigen Straftat	1185
iii.	Eine Straftat als Merkmal oder Qualifikation einer anderen	1186
iv.	Versuch bei zusammengesetzten Straftaten	1190
3.	Grundsatz der Nachrangigkeit der subsidiären Norm	1190
a.	Allgemeines	1190

b.	Durchgangsdelikt	1192
c.	Mischdelikt	1194
4.	Verhältnis zwischen primärer und subsidiärer Norm	1195

SIEBTES KAPITEL

AUSSERHALB DER MERKMALE DER STRAFTAT LIEGENDE VORAUSSETZUNGEN DER STRAFBARKEIT

§ 51.	SONSTIGE VORAUSSETZUNGEN DER STRAFBARKEIT	1197
I.	ALLGEMEINES	1197
II.	OBJEKTIVE BEDINGUNGEN DER STRAFBARKEIT	1198
III.	PERSÖNLICHE STRAFAUSSCHLIESSUNGSGRÜNDE	1204
IV.	PERSÖNLICHE STRAFAUFHEBUNGS- ODER STRAFMILDERUNGSGRÜNDE	1206
V.	ERMITTLUNGS- UND VERFOLGUNGSVORAUSSETZUNGEN	1208
A.	Strafantrag	1209
B.	Ermächtigung, Strafverlangen und Entscheidung	1212

DRITTES BUCH

SANKTIONSTHEORIE

ERSTES KAPITEL

STRAFE

§ 52.	ZWECK DER BESTRAFUNG UND ARTEN DER STRAFE	1217
I.	BEGRIFF UND GESCHICHTE DER STRAFE UND QUELLE DER STRAFGEWALT	1218
A.	Begriff der Sanktion und Zweispurigkeit der Sanktionen	1218
B.	Die „Strafe“ als Teil der Strafrechtstheorie	1219
C.	Historische Entwicklung der Strafe	1220
D.	Quelle und Legitimität der Strafgewalt	1226
1.	Auffassungen und ihre Einteilung	1226
2.	Die Diskussion um die Quelle der Strafgewalt	1228
II.	ZWECK DER BESTRAFUNG	1232
A.	Absolute Theorien	1233
1.	Sühnethorie	1235
a.	Die vertretenen Thesen	1235
b.	Kritik der Theorie	1237
2.	Gerechtigkeitstheorie	1238
a.	Die Auffassung Kants	1238
b.	Die Auffassung Hegels	1241
c.	Die Auffassung von Günther Jakobs	1244
d.	Kritik der Theorie	1244
B.	Relative Theorien	1246
1.	Theorie der Generalprävention	1247
a.	Die vertretenen Thesen	1247
b.	Kritik der Theorie	1250
2.	Theorie der Spezialprävention	1251
a.	Die vertretenen Thesen	1251
b.	Kritik der Theorie	1252
C.	Vereinigungstheorien	1255

1.	Allgemeines	1255
2.	Die Auffassung von Andreas von Hirsch	1257
3.	Die Auffassung von Claus Roxin	1257
D.	Eigene Auffassung und das vom türkischen Strafgesetzbuch (TCK) gewählte System	1258
III.	GRUNDSÄTZE UND EIGENSCHAFTEN DER BESTRAFUNG	1259
A.	Grundsätze der Bestrafung	1259
1.	Gesetzlichkeitsprinzip bei Straftat und Strafe	1259
2.	Grundsatz der Höchstpersönlichkeit der Strafen	1260
3.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Strafe und Unrecht	1261
4.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Strafe und Schuld	1263
5.	Grundsatz der Vereinbarkeit mit der Menschenwürde	1264
B.	Eigenschaften der Strafe	1267
1.	Wirksamkeit	1267
2.	Teilbarkeit und Individualisierbarkeit	1268
3.	Rücknehmbarkeit und Korrigierbarkeit	1268
4.	Geringe Kosten	1269
IV.	ARTEN DER STRAFE	1270
A.	Strafen nach ihrer Rechtsnatur	1270
B.	Strafen nach dem betroffenen Rechtsgut	1270
C.	Strafen nach dem TCK	1271
§ 53.	TODESSTRAFE	1272
§ 54.	FREIHEITSSTRAFE	1274
I.	GESCHICHTE DER FREIHEITSSTRAFE	1274
II.	METHODEN DES VOLLZUGS DER FREIHEITSSTRAFE	1278
A.	Vollzug in Gemeinschaft	1278
B.	Zellensystem	1279
C.	Gemischtes System	1279
D.	Stufensystem	1280
E.	Panoptikon-System	1281
III.	AUFFASSUNGEN ZUR FREIHEITSSTRAFE	1283
A.	Befürwortende Auffassungen	1283
B.	Ablehnende Auffassungen	1284
IV.	ARTEN DER FREIHEITSSTRAFE	1285
A.	Erschwerte lebenslange Freiheitsstrafe	1285
B.	Lebenslange Freiheitsstrafe	1286
1.	Allgemeines	1286
2.	Resozialisierung und der Begriff des Rechts auf Hoffnung	1287
C.	Zeitige Freiheitsstrafe	1291
D.	Kurze Freiheitsstrafe und Alternativsanktionen zur kurzen Freiheitsstrafe	1292
1.	Voraussetzungen der Umwandlung in Alternativsanktionen	1293
a.	Voraussetzungen der im Ermessen des Richters stehenden Umwandlung in Alternativsanktionen	1294
b.	Pflicht zur Umwandlung in eine Alternativsanktion und ihre Voraussetzungen	1295
2.	Für die Umwandlung in Betracht kommende Alternativsanktionen	1296
a.	Umwandlung in eine Geldstrafe	1296
b.	Umwandlung in sonstige Sanktionen	1296

i.	Vollständiger Ausgleich des dem Opfer oder der Allgemeinheit entstandenen Schadens durch Rückgabe, Wiederherstellung des Zustands vor der Straftat oder Schadensersatz	1297
ii.	Besuch einer Bildungseinrichtung	1298
iii.	Verbot, bestimmte Orte aufzusuchen oder bestimmte Tätigkeiten auszuüben	1299
iv.	Entziehung von Fahrerlaubnis und sonstigen Erlaubnisurkunden, Verbot der Ausübung eines bestimmten Berufs oder Gewerbes	1299
v.	Beschäftigung mit einer gemeinnützigen Arbeit auf freiwilliger Grundlage	1299
V.	INSTITUTE ZUR BESEITIGUNG DER NACHTEILE DER FREIHEITSSTRAFE	1300
A.	Institute, die eine Verurteilung verhindern	1300
1.	Vorauszahlung	1300
2.	Täter-Opfer-Ausgleich	1303
a.	Das Konzept der wiedergutmachenden Gerechtigkeit und der Täter-Opfer-Ausgleich	1303
b.	Dem Täter-Opfer-Ausgleich unterliegende Straftaten und Verfahren des Täter-Opfer-Ausgleichs	1306
3.	Aufschub der Erhebung der öffentlichen Klage	1308
a.	Allgemeines	1308
b.	Voraussetzungen	1309
i.	Vorliegen eines hinreichenden Verdachts, der die Erhebung der öffentlichen Klage erfordert	1309
ii.	Zugehörigkeit der Straftat, wegen der ermittelt wird, zu den im Gesetz bezeichneten Straftaten	1309
iii.	Keine frühere Verurteilung des Beschuldigten zu einer Freiheitsstrafe wegen einer vorsätzlichen Straftat	1311
iv.	Durch die Ermittlungen begründete Überzeugung, dass der Beschuldigte im Falle des Aufschubs der Erhebung der öffentlichen Klage von der Begehung von Straftaten Abstand nehmen wird	1311
v.	Größerer Nutzen für den Beschuldigten und die Gesellschaft als bei Erhebung der öffentlichen Klage	1311
vi.	Ausgleich des dem Opfer oder der Allgemeinheit entstandenen Schadens	1312
c.	Erlass der Entscheidung, Bewährungszeit und Ausgang	1312
4.	Aussetzung der Urteilsverkündung	1313
a.	Allgemeines	1313
b.	Voraussetzungen	1314
i.	Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren oder weniger oder zu einer Geldstrafe	1314
ii.	Keine frühere Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat	1315
iii.	Überzeugung des Gerichts, dass der Angeklagte aufgrund seiner Persönlichkeitsmerkmale sowie seines Auftretens und Verhaltens in der Hauptverhandlung keine weiteren Straftaten begehen wird	1315
iv.	Ausgleich des dem Opfer oder der Allgemeinheit entstandenen Schadens	1316
c.	Erlass der Entscheidung	1316
d.	Bewährungszeit, Aufhebung oder Verkündung des Urteils	1318
B.	Institute im Zusammenhang mit dem Vollzug der Freiheitsstrafe	1319
1.	Aussetzung der Freiheitsstrafe zur Bewährung	1319
a.	Allgemeines	1319
b.	Voraussetzungen	1319
i.	Freiheitsstrafe von zwei Jahren oder weniger	1319
ii.	Keine frühere Verurteilung des Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten wegen einer vorsätzlichen Straftat	1320

iii.	Überzeugung des Gerichts, dass der Angeklagte keine weiteren Straftaten begehen wird	1321
iv.	Ausgleich des verursachten Schadens	1321
c.	Rechtsfolgen der Aussetzung der Freiheitsstrafe zur Bewährung	1322
2.	Bedingte Entlassung	1323
a.	Allgemeines	1323
b.	Voraussetzungen	1326
i.	Verbüßung eines bestimmten Teils der verhängten Freiheitsstrafe	1326
ii.	Gute Führung des Verurteilten während dieser Zeit	1328
c.	Entscheidung über die bedingte Entlassung, ihre Folgen und Widerruf der Entscheidung	1329
3.	Bewährungsaufsicht	1331
VI.	VOLLZUG DER FREIHEITSSTRAFE	1334
A.	Beginn des Vollzugs	1334
1.	Aufnahme der Verurteilten in die Anstalt	1334
2.	Unterbringung der Verurteilten in der Anstalt	1336
B.	Aufschub des Vollzugs	1336
1.	Aufschub des Vollzugs wegen Krankheit	1337
2.	Aufschub des Vollzugs auf Antrag des Verurteilten	1337
C.	Besuche, Gespräche und Kommunikation	1338
D.	Vollzugslockerungen und Urlaub	1340
E.	Disziplinarstrafen und Disziplinarmaßnahmen	1341
F.	Belohnung	1342
G.	Arten der Strafvollzugsanstalten	1343
§ 55.	GELDSTRAFE	1347
I.	BEGRIFF	1347
II.	UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN GELDSTRAFE UND GELDBUSSE	1348
III.	FESTSETZUNG DER GELDSTRAFE	1348
IV.	VOLLSTRECKUNG DER GELDSTRAFE	1351
§ 56.	FESTSETZUNG UND INDIVIDUALISIERUNG DER STRAFE	1354
I.	FESTSETZUNG DER GRUNDSTRAFE UND INDIVIDUALISIERUNG	1354
A.	Allgemeines	1354
B.	Bei der Festsetzung der Grundstrafe zu berücksichtigende unrechtsbezogene Gesichtspunkte	1356
C.	Schwere der auf Vorsatz oder Fahrlässigkeit beruhenden Schuld des Täters	1358
D.	Auswirkung des bedingten Vorsatzes und der bewussten Fahrlässigkeit auf die Strafe	1359
E.	Anwendung der Qualifikationen der Straftat	1360
II.	FESTSETZUNG DER ENDSTRAFE UND DIE SIE BEEINFLUSSENDE GESICHTSPUNKTE	1360
A.	Besondere Erscheinungsformen der Straftat	1361
B.	Schuld mindernde Gründe	1362
C.	Persönliche Strafausschließungsgründe und persönliche Strafaufhebungsgründe	1363
D.	Im Ermessen des Gerichts stehende Strafmilderungsgründe	1363
III.	ANRECHNUNG AUF DIE STRAFEN	1365

ZWEITES KAPITEL

MASSREGELN DER BESSERUNG UND SICHERUNG

§ 57.	BEGRIFF UND ARTEN DER MASSREGEL DER BESSERUNG UND SICHERUNG	1367
-------	--	-------------

I.	BEGRIFF UND ANWENDUNGSVORAUSSETZUNGEN	1367
A.	Begriff	1367
B.	Anwendungsvoraussetzungen	1368
1.	Gefährlichkeit	1368
2.	Vorliegen einer begangenen Straftat	1369
3.	Gesetzlichkeit	1370
4.	Gerichtliche Entscheidung	1370
II.	AUSSCHLUSS VON DER AUSÜBUNG BESTIMMTER RECHTE	1370
III.	EINZIEHUNG	1373
A.	Einziehung von Gegenständen	1374
1.	Einziehung von mit der Straftat in Zusammenhang stehenden Gegenständen	1375
2.	Einziehung von Gegenständen, die selbst eine Straftat begründen	1377
B.	Einziehung von Taterträgen	1377
IV.	BESONDERE MASSREGELN DER BESSERUNG UND SICHERUNG FÜR KINDER	1379
A.	Schützende und unterstützende Maßnahmen	1380
B.	Diversionsmaßnahmen	1380
V.	BESONDERE MASSREGELN DER BESSERUNG UND SICHERUNG FÜR GEISTESKRANKE	1382
VI.	RÜCKFALL	1383
A.	Allgemeines	1383
B.	Auffassungen zum Rückfall	1383
C.	Voraussetzungen für die Anwendung des Rückfalls	1385
1.	Eine zuvor ergangene Verurteilung	1385
2.	Begehung einer neuen Straftat innerhalb der Rückfallfrist	1386
D.	Ausnahmen vom Rückfall	1387
E.	Rechtsfolgen des Rückfalls	1388
F.	Besonders gefährliche Straftäter	1388
VII.	GEGEN JURISTISCHE PERSONEN ANZUWENDENDE MASSREGELN DER BESSERUNG UND SICHERUNG	1389

DRITTES KAPITEL

UMSTÄNDE, DIE DAS PROZESS- UND DAS STRAFRECHTSVERHÄLTNISS BEENDEN

§ 58.	GRÜNDE FÜR DEN WEGFALL DER STRAFRECHTLICHEN VERANTWORTLICHKEIT	1393
I.	TOD DES ANGEKLAGTEN ODER DES VERURTEILTEN	1393
A.	Tod des Angeklagten	1394
B.	Tod des Verurteilten (des rechtskräftig Verurteilten)	1394
II.	AMNESTIE	1395
A.	Arten der Amnestie	1396
1.	Generalamnestie	1396
2.	Sonderamnestie	1397
III.	VERJÄHRUNG	1398
A.	Allgemeines	1398
B.	Rechtsnatur	1399
C.	Verfolgungsverjährung	1400
1.	Allgemeines	1400
2.	Verjährungsfristen und Berechnung der Verjährung in dem vom TCK übernommenen System	1401
3.	Verjährungsfrist bei erneutem Verfahren wegen derselben Tat	1403
4.	Beginn der Verjährungsfrist	1403

5.	Ruhen oder Unterbrechung der Verfolgungsverjährung	1404
a.	Ruhen der Verfolgungsverjährung	1405
b.	Unterbrechung der Verfolgungsverjährung	1406
D.	Vollstreckungsverjährung	1407
1.	Allgemeines	1407
2.	Verjährungsfristen	1407
3.	Beginn der Verjährungsfrist	1409
4.	Ruhen und Unterbrechung der Vollstreckungsverjährung	1409
a.	Ruhen der Vollstreckungsverjährung	1409
b.	Unterbrechung der Vollstreckungsverjährung	1410
5.	Vollstreckungsverjährung und Rechtsverluste	1410
IV.	RÜCKNAHME DES STRAFANTRAGS	1411

VIERTES BUCH

ANWENDUNG DER STRAFGESETZE IM INTERNATIONALEN BEREICH UND VÖLKERSTRAFRECHT

ERSTES KAPITEL

RÄUMLICHE GELTUNG

§ 59.	RÄUMLICHE GELTUNG DER STRAFNORMEN	1415
I.	TERRITORIALITÄTSPRINZIP (GEBIETSGRUNDSATZ)	1415
A.	Begriff	1415
B.	Begriff des Staatsgebiets	1417
C.	Bestimmung des Begehungsorts	1420
1.	Allgemeines	1420
2.	Problemfälle bei der Bestimmung des Begehungsorts	1422
a.	Im Versuchsstadium stecken gebliebene Straftaten	1422
b.	Durch Unterlassen begangene Straftaten	1423
c.	Unter Beteiligung begangene Straftaten	1423
d.	Transitdelikte	1424
e.	Über das Internet begangene Straftaten	1425
D.	Vorliegen eines im Ausland ergangenen Urteils (Grundsatz non bis in idem)	1428
II.	PERSONALITÄTSPRINZIP	1430
A.	Begriff	1430
B.	Aktives Personalitätsprinzip	1431
C.	Passives Personalitätsprinzip	1432
III.	SCHUTZPRINZIP (REALPRINZIP)	1433
A.	Amtsdelikte (Art. 10 TCK)	1434
B.	Zum Nachteil der Türkei begangene Straftaten (Art. 12 Abs. 1 TCK)	1435
C.	Straftaten gegen die Sicherheit des Staates (Art. 13 Abs. 1 Buchst. b TCK)	1435
IV.	WELTRECHTSPRINZIP	1436
V.	PRINZIP DER STELLVERTRETENDEN STRAFRECHTSPFLEGE	1437
VI.	BESONDERHEITEN DER RÄUMLICHEN GELTUNG	1438
A.	Anrechnung	1438
B.	Rechtsverluste aufgrund einer ausländischen Verurteilung	1439
C.	Berücksichtigung ausländischer Normen	1441
1.	Das Problem der Anwendbarkeit ausländischer Normen im Strafrecht	1441

2.	Die Rechtslage im türkischen Recht	1442
§ 60.	AUSLIEFERUNG	1443
I.	BEGRIFF DER AUSLIEFERUNG	1443
A.	Begriff und Rechtsnatur	1443
B.	Verhältnis von Asyl und Auslieferung	1444
C.	Verhältnis von Ausweisung und Auslieferung	1445
D.	Verhältnis von Austausch und Auslieferung	1445
II.	RECHTSQUELLEN DER AUSLIEFERUNG UND IHR VERHÄLTNIS ZUEINANDER	1445
III.	VORAUSSETZUNGEN DER AUSLIEFERUNG	1447
A.	Tatbezogene Voraussetzungen	1447
1.	Bestimmte Schwere und beiderseitige Strafbarkeit der der Auslieferung zugrunde liegenden Straftat	1447
2.	Keine Begehung der Straftat zum Nachteil der Türkei oder eines türkischen Staatsangehörigen	1448
3.	Kein Verfahrenshindernis hinsichtlich der Straftat	1448
4.	Kein Ersuchen wegen einer Straftat, die mit der Todesstrafe oder einer mit der Menschenwürde unvereinbaren Strafe bedroht ist	1449
5.	Straftat außerhalb der Gerichtsbarkeit der Türkei	1450
6.	Kein Meinungsdelikt, keine politische, rein militärische oder fiskalische Straftat	1450
a.	Meinungsdelikt	1450
b.	Politische Straftat oder mit einer politischen Straftat zusammenhängende Straftat	1451
i.	Begriff der politischen Straftat	1452
ii.	Handlungen, die nicht als politische Straftaten gelten	1452
c.	Rein militärische Straftat	1454
d.	Fiskalische Straftat	1454
7.	Angemessenes Verhältnis zwischen der Schwere der Tat und der aus der Auslieferung erwachsenden Härte	1455
B.	Täterbezogene Voraussetzungen	1455
1.	Keine türkische Staatsangehörigkeit	1455
2.	Kein Verdacht drohender Diskriminierung im ersuchenden Staat	1456
C.	Auslieferung unter besonderen Bedingungen und Austausch	1457
IV.	AUSLIEFERUNGSVERFAHREN	1458
A.	Verfahren bei Auslieferungersuchen der Türkei	1459
B.	Verfahren bei an die Türkei gerichteten Auslieferungersuchen	1459
V.	SPEZIALITÄTSPRINZIP (GRUNDSATZ DER SPEZIALITÄT) BEI DER AUSLIEFERUNG	1462

ZWEITES KAPITEL VÖLKERSTRAFRECHT

§ 61.	VÖLKERRECHTSVERBRECHEN	1465
I.	BEGRIFF DES VÖLKERSTRAFRECHTS	1465
II.	QUELLEN DES VÖLKERSTRAFRECHTS	1466
III.	VÖLKERRECHTSVERBRECHEN	1466
A.	Begriff des Völkerrechtsverbrechens	1466
B.	Völkerrechtsverbrechen	1468
1.	Völkermord	1468
2.	Verbrechen gegen die Menschlichkeit	1469
3.	Kriegsverbrechen	1470

4. Verbrechen der Aggression (Verbrechen gegen den Frieden)	1471
§ 62. INTERNATIONALE STRAFVERFAHREN	1473
I. ERSTE BEISPIELE INTERNATIONALER STRAFVERFAHREN	1473
II. RÖMISCHES STATUT UND INTERNATIONALER STRAFGERICHTSHOF	1475
III. GERICHTSBARKEIT DES INTERNATIONALEN STRAFGERICHTSHOFS	1477
Literaturverzeichnis	1481
Sachverzeichnis	1539

Dieses Dokument ist das aus dem Türkischen übersetzte Inhaltsverzeichnis des Buches; die Seitenzahlen beziehen sich auf das gedruckte Buch. Seite des Buches: www.dulger.av.tr/de/publikationen/ceza-hukuku-genel-hukumler/